



Sozialdemokratische Partei
Wohlen BE

www.spplus-wohlen.ch

SPplus Wohlen
Postfach 319
3032 Hinterkappelen

März 2018

DIE SPITZE BOTSCHAFT

Spezialausgabe für
Meikirch und Wohlen

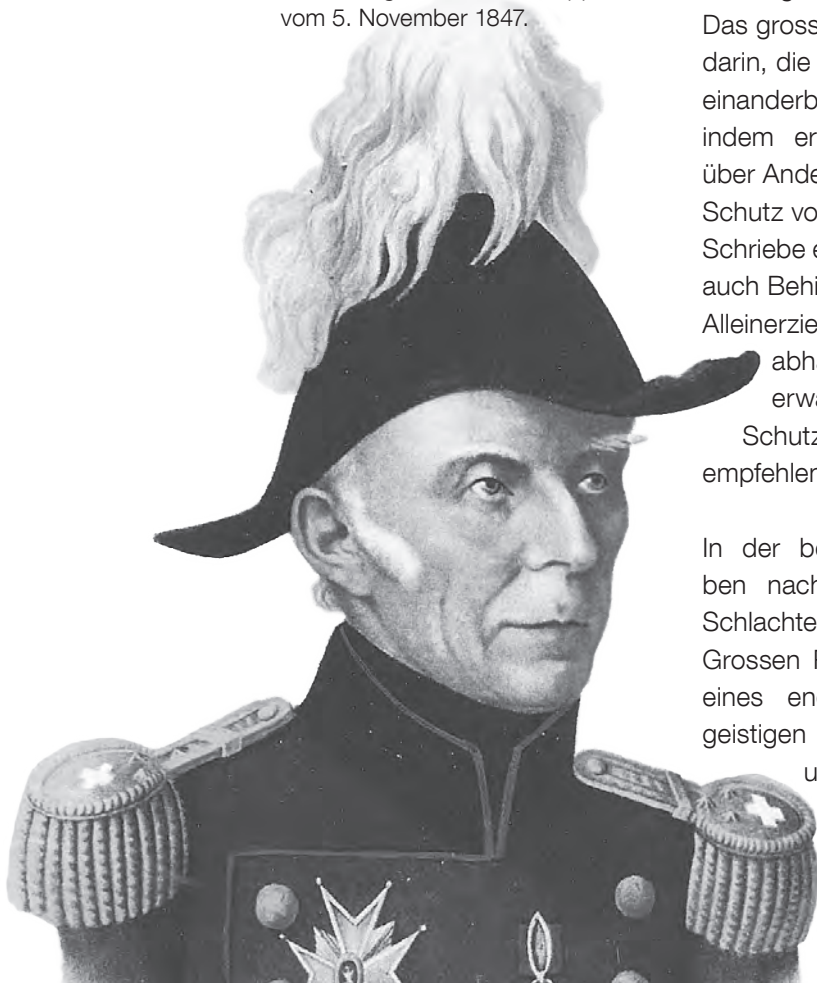
Editorial

Der Verrat an den Schutzbefohlenen

Von Ueli Corrodi, Vizepräsident SPplus Wohlen

«...Ich stelle also unter Euren Schutz die Kinder, die Frauen, die Greise und die Diener der Religion. Wer die Hand an eine wehrlose Person legt, entehrt sich selber...»

General G.H. Dufour, Proklamation an die eidgenössischen Truppen vom 5. November 1847.



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Am Beginn der modernen Schweiz steht ein Bürgerkrieg, der dank eines weitblickenden, staatsmännischen Generals fast unblutig beendet werden konnte. Das grosse Ziel Dufours bestand darin, die Schweiz vor dem Auseinanderbrechen zu bewahren, indem er zu Respekt gegenüber Andersdenkenden und zum Schutz von Schwächeren aufrief. Schriebe er heute, würde er wohl auch Behinderte, Ausgesteuerte, Alleinerziehende, Sozialdienstabhängige und Migranten erwähnen und sie dem Schutz der Allgemeinheit empfehlen.

In der bernischen Politik bleiben nach den «geschlagenen Schlachten» der Spardebatte im Grossen Rat unter der Führung eines engstirnigen und kleingeistigen Hardliners Fürsorge und Rücksichtnahme auf schutzbedürftige Personen auf der Strecke. Doch dürf-

ten auch die Obsiegenden ihrer Erfolge nicht froh werden, weil der Kanton als Ganzes Schaden nimmt. Die verschiedenen Gruppierungen in unserem Land driften auseinander. Auf der einen Seite stehen die Mächtigen, die Besitzenden und Gutbetuchten, welche in der Politik das grosse Wort führen und dabei in erster Linie auf das eigene Portemonnaie und den eigenen Vorteil schießen. Auf der anderen Seite stehen die Menschen von der Schattenseite des Lebens, die Stillen im Lande, die auf den Schutz und die Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen sind. Dazu aber fehlt nach der Sparrunde das notwendige Geld, weil die rechtsbürgerlichen Politiker daran sind, Steuern für die eigene Klientel, für Besitzende und Grossfirmen, zu reduzieren. Die Zeche bezahlen die Kleinen, die weiter an den Rand gedrängt werden, bis sie über den Tellerrand hinaus ins Leere abstürzen. Das ist das Gegenteil einer linken Politik.

Der bernische Grosse Rat liegt mit seiner Steuerpolitik auf der

gleichen Linie wie Trump mit seiner Steuerreform. Eine erbärmliche Gesellschaft! Nach dem amerikanischen Juristen und Rechtsphilosophen John Mikhail («Bund» vom 28.12.2017) muss das oberste Prinzip einer Gesellschaft die allgemeine Wohlfahrt und die Wahrung der Würde jedes einzelnen Menschen sein. Dabei sind Steuern unverzichtbarer Teil dieses Gesellschaftsvertrages. Wir Sozialdemokraten sind der festen Ansicht, dass die Sparrunde des Grossen Rates die Prinzipien der allgemeinen Wohlfahrt und der Menschenwürde massiv verletzt. Die Tatsache, dass beispielsweise sozialdienstabhängige Erwachsene wegen fehlender Finanzen vom gesellschaftlichen Leben völlig abgeschnitten und ausgegrenzt werden und deren Kinder nicht mehr an Schulreisen oder Klassenlagern teilnehmen, ja nicht einmal mehr richtig ernährt werden können, schlägt dem Anspruch an einen gerechten Staat direkt ins Gesicht. Eine Sozialdienstabhängigkeit ist schon Strafe genug, mit den beschlossenen Sparmassnahmen sind die Betroffenen doppelt bestraft! Und schliesslich sind die finanziellen Reduktionen in der Spitex – um ein weiteres Beispiel anzuführen – völlig kontraproduktiv, weil sie den stationären und damit teuersten Teil der Gesundheitsversorgung, nämlich Kliniken, Spitäler und Heime, übermässig belasten.

Der Staat verrät mit dem Sparpaket und der Steuerpolitik die Bedürftigsten der ihm anvertrauten Schutzbefohlenen. Die SPplus, unsere Partei, wehrt sich mit allen Mitteln gegen diese Art von Politik. Wir alle haben etwas Besseres verdient. Im Frühjahr sind Wahlen. Helfen Sie mit, die Weichen in eine solidarische Zukunft zu stellen, die dem Gemeinwohl und der Gerechtigkeit verpflichtet ist?

Das Sparpaket ist kurzfristig

Interview mit Regierungsratskandidatin Evi Allemann



Spitze Botschaft: Kürzlich brauste ein Sturm mit Wucht übers Land, der nach dir benannt wurde. Wofür würdest du deine Kraft einsetzen? Für welche Themen gibst du dein Herzblut?

Evi Allemann: Die Förderung von bezahlbarem Wohnraum, gezielte Investitionen in Bildung, Innovation und Forschung, um den Wirtschaftsstandort Bern zu stärken oder der Erhalt eines guten öffentlichen Verkehrsnetzes in der Fläche sind mir wichtig. Alle Menschen sollen sich zudem auf ein sicheres Sozialnetz und eine gute Gesundheitsversorgung verlassen können.

Am 3. November 2017 feierten die SP Frauen ihr 100-jähriges Jubiläum. Was würdest du unternehmen, um mehr Frauen in ihrer politischen oder beruflichen Karriere zu fördern?

Da gibt es verschiedene Ansätze. Wichtig ist, Frauen zu ermutigen, sich für politische Ämter zur Verfügung zu stellen oder berufliche Karriereschritte in Angriff zu neh-

men. Für viele Frauen ist dabei zentral, dass die Politik bzw. der Beruf mit der Familie gut zu vereinbaren ist. Ein attraktives Angebot an Kita-Plätzen liegt mir ebenso am Herzen wie die Einführung von Ganztageschulen. Das bringt nicht nur Vorteile für die Schülerinnen und Schüler, sondern hilft auch den Eltern, Familie und Beruf besser zu vereinen.

Welche deiner Fähigkeiten könntest du im Regierungsrat besonders gut zur Geltung bringen? Was liegt dir am meisten?

Die sozialen Anliegen und die Umwelt brauchen im Kanton Bern eine starke Stimme. Deshalb möchte ich Regierungsrätin werden. Ich bringe die Erfahrung und den Durchsetzungswillen mit, um mehrheitsfähige Lösungen zu finden, die den Kanton vorwärts bringen. Aus meinem langjährigen politischen Engagement weiss ich zudem, wie man Reformen anpackt und Kompromisse schmiedet: vermittelnd und freundlich im Auftritt, aber hart und kompetent in der Sache.

Was hältst du vom Sparpaket, das beschönigend als «Entlastungspaket» (EP18) bezeichnet wird? Wie beurteilst du die Auswirkungen auf den Kanton, die Gemeinden und direkt betroffene Menschen?

Das Sparpaket ist kurzfristig und schädlich. Mit den zahlreichen Sparmassnahmen werden die Kantonsfinanzen zwar entlastet, aber die Kosten für gewisse Dienstleistungen, etwa im Spitex-Bereich, fallen trotzdem irgendwo an. Für viele Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Betriebe und Gemeinden ist das Sparpaket ein «Belastungsprogramm». Auch ich finde den haushälterischen Umgang mit den Kantonsfinanzen wichtig. Willkürlich den Sparstift anzusetzen und in Bereichen wie der Innovationsförderung, der Infrastruktur oder bei der sozialen Sicherheit zu sparen, ist jedoch kurzfristig und schadet der Entwicklung des Kantons Bern. Der Kanton muss langfristig denken und in die Zukunft investieren.

Wie beurteilst du das Projekt «Berne Métropole», nämlich die Bildung einer «Hauptstadtregion Bern» unter Miteinbezug mehrerer umliegender Gemeinden? Zählt für dich eher «small is beautiful» oder «zäme geits besser?»

Den goldenen Königsweg gibt es bei dieser Frage wohl nicht. Fest steht, dass die Agglomeration Bern über eine hervorragende Wirtschaftsleistung verfügt, aber ein vergleichsweise kleines Zentrum hat. Ein gestärktes Zentrum würde weit über die Agglomeration hinaus strahlen: In den Kanton Bern und in die Hauptstadtregion Schweiz mit ihrem kantonsübergreifenden Städtenetz. Eine gute Zusammenarbeit unter den Gemeinden in der Agglo Bern und teilweise allenfalls gar veränderte Gemeindegrenzen sind deshalb erstrebenswert.

SPitze Botschaft: Du trägst den Namen eines Heiligen, der ein bedeutendes, kleines Kind über einen reissenden Fluss trug. Was liegt dir am Herzen, für das du deine Kraft speziell einsetzen willst?

Christoph Ammann: Ich lasse mich von der Legende zu meinem Vornamen gerne leiten und setze mich für die Schwächeren in unserer Gesellschaft ein. Besonderes Augenmerk gilt dabei der kommenden Generation. Als Vater von zwei schulpflichtigen Kindern und mit den Erfahrungen von fast einem Vierteljahrhundert als Lehrer wird mir auch bei meiner politischen Arbeit immer wieder klar: Politische Entscheidungen sind mit Blick auf die Auswirkungen auf die Zukunft zu treffen. Nachhaltigkeit ist keine Floskel, sondern muss Massstab des Handelns sein!

Du warst früher beruflich und politisch im Oberland aktiv, in einem bürgerlich bestimmten Umfeld

also. Was kannst du als Sozialdemokrat aus einer ländlichen Gegend im Regierungsrat besonders gut einbringen? Was kannst du im Gegenzug deinen bürgerlichen Landsleuten gut vermitteln?

Wer als Sozialdemokrat auf dem Lande politisiert, merkt sehr rasch, dass soziale und linke Lösungen nur dann mehrheitsfähig sind, wenn man zuhört, die Befindlichkeit der Mehrheit richtig einschätzen und mit Argumenten überzeugen kann. Bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen gilt das auch für die Arbeit in der Regierung. An meinen Wohnort und ins Oberland bringe ich meine Erfahrungen aus den Besuchen von Unternehmungen der Stadt und Agglomeration. Ich kann anschaulich aufzeigen, wo der Wirtschaftsmotor in diesem Kanton brummt und dass er brummen muss, wenn Gemeinden auf dem Land den Finanzausgleich in Anspruch nehmen wollen. Ich kann aufzeigen, dass die Städte ange-

Nachhaltigkeit muss Massstab des Handelns sein

Interview mit Regierungsratskandidat Christoph Ammann



wiesen sind auf einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr, dass die Städte eine Zentrumsfunktion haben und mit ihren Leistungen auch wichtig sind für das Land. Dabei denke ich etwa an das kulturelle Angebot, aber auch an die Hochschulen und Spitäler.

Was ist dir seit deiner Wahl in den Regierungsrat 2016 besonders gut gelungen? Worauf bist du stolz?

Ich habe grosse Freude, dass alle Schlüsselprojekte meiner Direktion erfolgreich unterwegs sind. Etwa das Berner Pflanzenschutzprojekt, wo über 3000 Bauernbetriebe mitmachen und damit einen Beitrag leisten, dass weniger Pflanzenschutzmittel in die Böden und Gewässer gelangen. Oder die Bio-Offensive: In den letzten zwei Jahren haben über hundert Betriebe auf Bio umgestellt. Dann denke ich aber auch an die drei Innovationsprojekte, an den Switzerland Innovation Park in Biel, an das nationale Zentrum für translationale Medizin und Unternehmertum in Bern sowie an die EMPA in Thun, wo wir den Forschungsbereich für additive Werkstoffe (3D-Druck) ausbauen.

Wie schaffst du den Spagat zwischen «Steuern reduzieren» und dem Auftrag, sozial Schwache und Bedürftige zu unterstützen und zu schützen? Wie beurteilst du die Auswirkungen des Sparpaketes, das beschönigend als Entlastungspaket (EP18) bezeichnet wird, auf den Kanton, die Gemeinden und direkt betroffene Menschen?

Da ich nicht Kunstturner bin, ist ein Spagat für mich immer etwas Unangenehmes... Als Regierungsrat habe ich die Haltung der Regierung zu vertreten und darf zum Entlastungspaket keine persönliche Meinung abgeben, auch im Wahlkampf nicht.

Wie beurteilst du das Projekt «Berne Métropole», nämlich die Bildung einer «Hauptstadtregion Bern» unter Miteinbezug mehrerer umliegender Gemeinden? Zählt für dich eher «small is beautiful» oder «zäme geits besser?»

Ich sehe das so: «Small is beautiful», auf jeden Fall! Nur ist die Schweiz an sich schon ein sehr kleines Land im internationalen Vergleich, und in meiner Rolle als Regierungsrat erlebe ich immer wieder, wie die Zusammenarbeit beim «Gartenzaun» oder eben der Gemeindegrenze aufhört oder behindert wird. Wir müssten stärker noch in funktionalen Räumen denken und politische Gebilde schaffen mit Blick darauf, wo Menschen leben und arbeiten und wie sie sich bewegen. Ich bin überzeugt, dass wir die Zahl der Gemeinden im Kanton wesentlich reduzieren sollten, und daher gefällt mir das Projekt «Bern neugründen» gut.



Spitze Botschaft: Du trittst in den kommenden Wahlen als Bernjurassier gegen einen andern Bernjurassier, einen amtierenden Regierungsrat, an. Mit welchen Argumenten und welchen Positionen willst du ihn schlagen? Was zeichnet dich vor deinem direkten Konkurrenten aus?

Christophe Gagnebin: Ich trete nicht gegen eine Person an, sondern für eine sozial gerechte, nachhaltige Politik, die ich gern zusammen mit Evi Allemann, Christine Häsliger und Christoph Ammann in einem Regierungsrat mit rot-grüner Mehrheit führen würde. Ich möchte einen Kanton Bern mitgestalten, der dank eines effizienten und starken Service public allen EinwohnerInnen tadellose Leistungen in Bereichen wie Pflege, Bildung oder öffentlicher Verkehr zusichert. Gerade die bevorstehende Digitalisierung der Gesellschaft soll nicht den Kräften des Marktes überlassen werden oder nach kurzfristigen, gewinnorientierten Kriterien angepackt werden. ArbeitnehmerInnen sollen über ein Fortbildungsangebot verfügen, das es Ihnen möglich macht, sich auch in Zukunft auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Der Staat ist kein Unternehmen: der gesellschaftliche Zusammenhalt ist wichtiger denn je, und die humanistischen Werte sollen wieder im Zentrum des politischen Handels stehen.

Du vertrittst die frankophone Minderheit im Kanton. Du verstehst also etwas von Minderheitspositionen. Wie willst du diese im ganzen Kanton einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen? Wie würde der Berner Jura von deiner Wahl profitieren?

Indem ich beweise, dass ich nicht nur der Vertreter der französisch-

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist wichtig

Interview mit Regierungsratskandidat Christophe Gagnebin



sprachigen Minderheit bin, sondern mich mit ganzer Kraft für die Anliegen aller Regionen einsetze. Dank des Berner Juras – der sich 2013 eindeutig für den Verbleib bei Bern ausgesprochen hat - und Biels ist der Kanton Bern zweisprachig. Das ist natürlich eine grosse Herausforderung, aber vor allem eine riesige Chance für den ganzen Kanton, der somit eine Brückenfunktion übernehmen kann und eine besondere Rolle in unserem Land spielt. Die Begegnung mit einer anderen Kultur ist immer eine Bereicherung – ich konnte mich davon während der jetzigen Kampagne noch einmal überzeugen. Dessen sollten wir uns alle bewusst sein – von Guttanen bis La Ferrière, über Bern und Wohlen...

Als Sprachminderheit ist der Berner Jura natürlich in besonderem Masse auf einen starken Service public angewiesen. Als Industrieregion, die den Schwankungen der Weltwirtschaft besonders stark ausgesetzt ist, braucht er ausserdem eine konjunkturgerechte Politik, die es dem Kanton ermöglicht, auch in Krisenzeiten in die Bildung zu investieren

und seine soziale Verantwortung wahrzunehmen. Dies alles steht im krassen Widerspruch zur ultraliberalen Politik der jetzigen Regierung.

Welche deiner Fähigkeiten könntest du im Regierungsrat besonders gut zur Geltung bringen? Was liegt dir am meisten?

Für mich ist Politik zuerst eine Frage von Werten. Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Umwelt sind bei mir vorrangig. Ausserdem bemühe ich mich, die Dinge global anzusehen. Ich bin kein Mann einer Lobby. Ich suche gern den Dialog mit allen Beteiligten und lasse mir etwas Zeit, bevor ich Entscheidungen treffe. Ich bin davon überzeugt, dass gute Lösungen auch von breiten Bevölkerungskreisen mitgetragen werden müssen, um wirksam zu sein. Als Mitglied des Bernjurassischen Rates wurde mir auch die Notwendigkeit bewusst, bereit zu sein, veraltete Strukturen zu überdenken und Kantonsgrenzen zu überwinden.

Wie beurteilst du die Auswirkungen des Sparpaketes (EP18) auf den Berner Jura, auf den ganzen Kanton und auf einzelne betroffene Menschen? Du trägst ja den Namen eines Heiligen, der ein beissenden Fluss trug. Wie ist dieses Vorbild vereinbar mit der Tatsache, dass der Kanton die Steuern vor allem der Gutbetuchten reduziert und im Gegenzug zu Lasten der Kleinen und Bedürftigen spart?

Das Sparpaket EP 18 ist die Folge einer unverantwortlichen und kurzsichtigen Steuerpolitik. Viele Massnahmen sind keine Sparmassnahmen, sondern nur eine Lastenübertragung auf die Gemeinden oder auf die BürgerInnen. Andere, etwa bei der Krankenkassenprämienverbilligung, sind klare Verstösse gegen den Volkswillen. Sie treffen in der Tat

ärmere Bevölkerungsschichten, kranke Menschen, Rentner und Familien sehr hart, während Entlastungen vor allem Aktionären und Spekulanten zugutekommen. Die vielen Sparpläne, die der Kanton in den beiden letzten Jahrzehnten erlebte, haben die Arbeit der Institutionen und deren MitarbeiterInnen sehr erschwert. Unter diesen Umständen ist es natürlich sehr schwierig, nachhaltige Strategien zu erarbeiten. Und schliesslich haben sie dem Image des Kantons geschadet: Bern ist besser als sein Ruf und bietet eine hohe Lebensqualität, die es zu pflegen gilt.

Wie beurteilst du das Projekt «Berne Métropole», nämlich die Bildung einer «Hauptstadtregion Bern» unter Miteinbezug mehrerer umliegender Gemeinden? Zählt für dich eher «small is beautiful» oder «zäme geits besser?»

Grundsätzlich ist alles positiv, was die Agglomeration Bern stärkt und es ihr möglich macht, zum Beispiel eine sinnvolle Raum- und Verkehrsplanung zu gestalten. Eine starke Agglo Bern dient dem ganzen Kanton und der ganzen Westschweiz. Eine gute Zusammenarbeit auf regionaler und Agglomerationsebene soll auch den sinnlosen Steuerwettbewerb unter Gemeinden eindämmen und somit die Entstehung von sozialen Ghettos vermeiden. Wie Willy Brandt einmal sagte: es wächst zusammen, was zusammengehört. Das gilt für die Agglo Bern – und übrigens für den ganzen Kanton. Wichtig ist ausserdem, dass die Aufgaben unter den verschiedenen Ebenen (Gemeinde, Region, Kanton, Bund) so verteilt werden, dass sie sinnvoll angepackt und finanziert werden können.

Alle Interviews mit den RegierungsratskandidatInnen: Michael Peterer und Ueli Corrodi (Vorstandsmitglieder SP Wohlen)

2 mal auf jede Liste

Persönlichkeiten aus Meikirch und Wohlen in den Grossen Rat



Lela Gautschi Siegrist, 1977, Primarlehrerin und Studentin Prävention und Gesundheitsförderung, verheiratet, 3 Kinder, Meikirch

«Nachhaltige Weitsicht statt kurz-sichtige Verblendung – Chancengerechtigkeit»

Weil ich mit meiner 10-jährigen politischen Erfahrung u.a. als Kommissionsmitglied in der damaligen Sozial- und Vormundschaftsbehörde, sieben Jahre als SP Sektionspräsidentin und nun fünf Jahre als Gemeinderätin sehr überzeugt sagen muss: so nicht! Unser Kanton hat etwas anderes verdient als eine solch kurzsichtige, brandgefährliche und einseitige Abbaupolitik zu betreiben. Nutzen wir die Wissenschaft und gestalten Zukunft!

Schwerpunktthemen: Familienpolitik, Bildung und Soziale Gerechtigkeit.



Karin Fisli, 1982, Primarlehrerin, verheiratet, 2 Kinder, Meikirch

«Gute Bildung und echte Chancengleichheit sind dringend nötig!»

Obwohl ich ursprünglich aus dem

Kanton Appenzell Innerrhoden komme, liegt mir der Kanton Bern am Herzen. Die bürgerliche Mehrheit spart bei den Alten, Jungen, Behinderten und Kranken. Das kann und will ich so nicht hinnehmen. Anstatt nur die Faust im Sack zu machen (das war noch nie meine Art), will ich aktiv werden und etwas gegen diese bürgerlichen Ansichten unternehmen. Deshalb stehe ich ein für eine Politik mit Weitsicht!

Schwerpunktthemen: Bildung, Familie und Migration.



Stefan «Bänz» Müller, 1967, Primarlehrer, vollamtlicher Gemeindepräsident, verheiratet, 3 Töchter, Innerberg

«Entwicklungsgesteuerte Finanzen anstelle finanzgesteuerter Entwicklung»

Ich setze mich dafür ein, dass die Politik der Bevölkerung dient und nicht umgekehrt. Dies habe ich in den vergangenen Jahren in Wohlen bewiesen und werde es auch weiterhin tun. Gleichzeitig ist es mir wichtig, mein Engagement und meine Fähigkeiten im ganzen Kanton einzubringen. Auch hier zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Dabei werden ich meine Erfahrung als Gemeindepräsidentin und mein regionales Netzwerk bestens nützen können; für den Kanton Bern aber auch für die Gemeinden südlich des Frienisbergs.

Schwerpunktthemen: Partizipation und Transparenz, Bildung, Finanzen.



Jonas Ammann, 1995, Student Rechtswissenschaften, Campaigner SP Kanton Bern, Meikirch

«Stopp den Abbaupaketen bei Bildung, ÖV und Gesundheit!»

Die momentane Strategie des Kantons Bern beruht auf Steuererlassen für grosse Unternehmen und auf Abbau bei Sozial- und Bildungseinrichtungen. Bereits vor vier Jahren habe ich mich gegen die übertriebenen Sparmassnahmen des Kantons zur Wehr gesetzt, als ich als Versammlungsleiter der SchülerInnenorganisation des Gymnasiums Neufeld den SchülerInnenstreik 2015 mitorganisierte. Ich werde mich weiterhin für ein gutes und breites Bildungssystem einsetzen, für bezahlbaren Wohnraum (auch in den Agglomerationsgemeinden), für eine nachhaltige Umweltpolitik und für einen gestärkten Umgang mit den Schwachen unserer Gesellschaft.

Schwerpunktthemen: Soziale und rechtliche Chancengerechtigkeit, Grundrechte.